

## **RZB GD Dr. Walter Rothensteiner**

### **Russland-Risiko**

Ich bin strikt dagegen, über Russland die Nase zu rümpfen. Sowohl wir als auch die Bank Austria waren immer sehr gut in Russland unterwegs, nur die Bank Austria sieht man nicht als solche, weil sie Teil der UniCredit ist, also sieht man in Österreich nur uns. Die Bank verdient gut und wenn die Konjunktur in Russland runtergeht, verdient sie eben weniger, so etwas haben wir bei uns in Österreich ja auch. Dass Russland zusammenbricht ist bei rund 360 Milliarden US-Dollar Devisenreserven auch nicht zu erwarten. Die Russen haben auch bis dato nie den Kapitalverkehr behindert. Dennoch werden wir das Kreditvolumen in Russland reduzieren. Aber das Klientel, das wir dort haben, ist wahrscheinlich das Beste, das man in Russland haben kann.

### **Ungarn**

In Ungarn haben wir viel Geld verloren. Die Zwangsumwandlung der Schweizer Franken-Kredite war eine kalte Enteignung. Und der Gipfel war zu beschließen, dass die Zinserhöhungen der letzten zehn Jahre ungesetzlich waren und daher die Banken den Kunden die Mehrzinsen wieder zurückzahlen müssen - auch jenen Kunden, die die Kredite schon vor fünf Jahren zurückgezahlt hatten. Das hat die Banken in Ungarn mehr als eine Milliarde Euro gekostet, 250 Millionen davon uns. Dazu kommt, dass wir eine Bankensteuer haben, die so hoch ist, dass eine Verzinsung des Kapitals nicht möglich ist. Wenn wir über einen gemeinsamen europäischen Markt reden und man dann de facto nur die Ausländer straft, dann führt sich der Gedanke Europa ad absurdum.

Es gibt erste definitive Aussagen, dass man in Ungarn die Bankensteuer dramatisch zurücknimmt. Also es könnte sein, dass sich die Situation etwas verbessert. Dennoch haben wir eine Neuausrichtung in Ungarn eingeleitet – beispielsweise konzentrieren wir uns im Retailbereich stärker auf Premium- und gehobene Privatkunden und optimieren das Geschäftsstellennetz.

### **Osteuropa**

54.000 Mitarbeiter haben wir in Osteuropa, wir haben fast ausschließlich lokales Management. Die Konzernsprache ist Englisch. In Moskau haben wir zum Beispiel von sieben Vorstandsmitgliedern fünf Russen. Das haben wir überall so, denn wir wollen den Kunden in Russland oder der Ukraine nicht zeigen, dass wir eine österreichische Bank, sondern dass wir eine lokale Bank sind. Das funktioniert klaglos, wir haben die besten Erfahrungen damit. Es ist ein Irrtum zu glauben, nur wir in Westeuropa haben die besten Leute und in Osteuropa gibt es sie nicht. Noch dazu haben wir die Frauenquote dadurch erhöht, 54 Prozent der Führungskräfte in Osteuropa sind Frauen.

### **Bankensteuer & Co.**

Es gibt Leute im Land, die glauben, dass die Finanzwirtschaft mit der Realwirtschaft nichts zu tun hat. Deshalb könne man der Finanzwirtschaft alles antun, also Bankensteuer & Co. Ich sage bei meinen Volksreden immer „in der Liste der bevorzugten Schwiegersöhne kommen Banker nicht mehr vor.“ Während Politiker mir gegenüber aktuell sagen „jetzt seid ihr imagemäßig auch dort, wo wir immer waren“, sehen das unsere Kunden anders. Die Kunden sind mehrheitlich zufrieden. Denn sie kennen ihre Hausbank, nach dem Motto:

„meine Hausbank ist ok, aber die Banken nicht.“ Wenn eine Boulevardzeitung über hohe Bonizahlungen in England berichtet, dann titelt sie mit „Schon wieder Superboni für Banker“.

In einem Normaljahr – das es schon länger nicht mehr gibt – erzielen die österreichischen Banken insgesamt ein Ergebnis von einer Milliarde Euro. Alle Banken zusammen zahlen aber 640 Millionen Euro Bankensteuer. In Hinkunft zahlen wir auch noch in die Stabilisierungsfonds, die die EU vorschreibt und in die Einlagensicherungsfonds ein. Diese waren bisher nur mit Garantien unterlegt. Das sind weitere 350 Millionen Euro, damit ist die Milliarde weg. Deshalb kämpfen wir darum, dass zumindest die Fonds auf die Bankensteuer angerechnet werden, weil die Regierung offiziell verkündet, sie bezahlt nichts mehr für die Banken. Wenn der Staat aber kein Risiko mehr trägt, ist die Daseinsberechtigung der Bankensteuer fraglich.

In Deutschland zum Beispiel gibt es auch eine Bankensteuer, die beträgt 2014 rund 516 Millionen Euro insgesamt. Dort zahlen die Banken das aber nicht ins Budget, sondern in den Bankenstabilisierungsfonds. Das ist ein Level Playing Field. Fünf Jahre Bankensteuer heißt: drei Milliarden Euro Kapital nicht gebildet, heißt 30 Milliarden Kredite nicht vergeben können. Wir haben momentan ein Glück, weil es keine Konjunktur gibt und die Nachfrage nach Krediten nicht hoch ist. Aber wenn die Konjunktur dann anspringt, dann heißt es „die Banken haben eine Kreditklemme verursacht.“

Sogar die Hardliner im politischen Bereich haben inzwischen verstanden, dass diese Form der Bankensteuer nicht mehr geht. Von den 640 Millionen Euro erhalten die Bundesländer ja 150 Millionen Euro. Auch Kärnten erhält Einnahmen aus diesem Titel mit. Der Finanzminister, der jetzt den Ländern erklären muss „diese 150 Millionen Euro streichen wir euch jetzt“, der ist arm. Noch dazu, wo die Länder ohnedies wegen der Hypo ihre Probleme haben.

## **Quantitative Easing**

Wir brauchen keine Liquidität, wir brauchen Equity, Eigenkapital. Das heißt aber, wenn ein anderer das Kapital zur Verfügung stellt, dann schafft dieser an. Wenn man eine österreichische Bank bleiben will, wie lange hält man das durch, die Interessen der Österreicher zu vertreten, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, zu Kapital zu kommen? Daher ist uns die Beteiligung an der RBI wichtig, weil wir den Österreichaspekt aufrechterhalten wollen.

## **Raiffeisen und die Übernahme der CA 1997**

Wir waren sehr interessiert an der CA, aber das ist in Wahrheit an der bürgerlichen Seite gescheitert. Unsere eigenen Leute haben gesagt „das brauchen wir nicht“. Erhard Busek als Bundesparteiobermann der ÖVP hat sich das auch nicht vorstellen können und so mancher VP-Landeschef auch nicht. Wolfgang Schüssel wollte nicht, dass wir die CA kaufen. Mit dem Argument „die sind schon so groß“. Wenn man 50 Prozent Marktanteil hat, dann ist das natürlich ein Thema, auch wenn Raiffeisen sehr fraktioniert ist.

Auch mit der Überlegung „wieso kaufe ich mir eine Bank, die in ganz Österreich präsent ist, wenn ich selbst in ganz Österreich vertreten bin?“ Das haben wir beim Kauf der Postsparkasse wieder gehabt. Das war meine beste Entscheidung, die Postsparkasse nicht zu kaufen.

Man muss sich den Kaufpreis für die CA vorstellen, das waren 17 Milliarden Schilling. Das waren 1,2 Milliarden Euro. Überlegen wir einmal, wie viel die Erste in Rumänien bezahlt hat und wie viel wir in Russland investiert haben. Außerdem hätte man den Kaufpreis in drei Jahren wieder verdient gehabt. Das wäre schon reizvoll gewesen, wir haben alles Mögliche

probiert, die Konstellation hat damals aber nicht gepasst. Vielleicht hätten wir fünf Jahre später aufgrund der Osteuropa-Position mehr Kraft gehabt, das zu machen.

## **Finanzierung der Wirtschaft**

Der Staat sieht nicht ein, dass er die Banken nicht maßlos schröpfen darf und auf der anderen Seite schreiben uns die EU-Regularien pausenlos mehr Eigenkapital vor. Und wo soll das herkommen? Nur durch Schrumpfen. Das Problem haben mittlerweile 130 Banken in Europa, die alle unter EZB-Regime fahren und die brauchen alle Eigenkapital.

In dem Geschäft sind die Margen inzwischen minimal, und je größer das Unternehmen, desto eher geht es selbst auf den Kapitalmarkt. Den Banken ist das gar nicht unrecht, die verdienen an der Organisation des Geschäftes. Das funktioniert aber nicht bei den kleinen und mittleren Unternehmen, das ist der Bereich, in dem Raiffeisen in Österreich überwiegend vertreten sind. Da bremst uns das Kapitalthema natürlich massiv. Die Vorschriften der Finanzmarktaufsicht sind jetzt viel strenger. Früher am Land, wenn der Bäckermeister einen Kredit brauchte, um einen neuen Backofen zu kaufen, brauchte er kein Rating. Da habe ich gewusst, in zwei Jahren zahlt er das Geld wieder zurück. Heute gibt es genaue Vorschriften, und wehe es geht etwas schief. Christoph Leitl klagt immer „die Unternehmen bekommen keine Kredite“. Ich sage dann „nein, wir leben von der Kreditvergabe, aber die Firmen sind nicht gewohnt, dass sie im Detail bekanntgeben müssen, was Sache ist.“ Die haben natürlich auch nicht das genaue Controlling, das braucht man aber, um die Daten liefern zu können. Jetzt sagt der Unternehmer „die Bank gibt mir kein Geld, früher ist das viel einfacher gegangen.“

Ich habe im Studium auf der WU das imparitätische Realisationsprinzip gelernt. Und wir haben ganz gut damit gelebt, dass man im Ernstfall Reserven hat, aber mit der IFRS-Ideologie „der Anleger muss sofort alle Reserven kennen, die die Bank oder das Unternehmen hat“, weiß man natürlich schon zwei Monate im vornherein, wenn es ein Problem gibt. Der kann sich nicht mehr selber helfen, ich halte davon nichts. Ich lasse mir noch einreden, wenn das für börsennotierte Unternehmen gilt, aber das zieht sich ja durch alle Unternehmensgrößen durch.

Dazu kommt: Das IFRS ändert sich jedes Jahr und ich zweifle an der Vergleichbarkeit der Bilanzen. Der IFRS Board lässt sich jedes Jahr etwas Neues einfallen, sehr zur Freude der Wirtschaftsprüfer dieser Welt. Ich glaube nicht, dass man IFRS-Bilanzen von vor fünf Jahren mit heutigen vergleichen kann, weil sich viele Parameter geändert haben.

## **Bankaufsicht**

Die Bilanzpolizei ist eine europäische Überlegung unter dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Ich habe gar nichts dagegen, wenn man es ordentlich macht, aber es besteht die Gefahr, dass es überbietet. Immer weniger Leute machen Gebrauch von ihrem eigenen Ermessensspielraum, um etwas zu entscheiden, weil die Angst im Hinterkopf da ist. Das ist ein generelles Problem mit der angedrohten Strafbarkeit. Ich vergebe einen Kredit, der ist nicht besichert, weil ich aus Erfahrung weiß, dass der Kunde bezahlt. Bezahlte er aber dann doch nicht, dann habe ich ein Untreueverfahren. Also entscheide ich nicht für den Kunden. Das ist zwar noch nicht die Regel, aber es gibt solche Fälle. Das führt zu nicht wirtschaftsfreundlichem Verhalten der Leute, die Kredite vergeben.

Dasselbe gilt für die Aufsicht. Die Mitarbeiter bekommen vom Arbeitgeber nicht einmal den Rechtsanwalt bezahlt, wenn sie in ein Verfahren kommen. Daher bewegen wir uns in immer engeren Leitlinien. Und daher dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Durchflusssgeschwindigkeit nicht so groß ist, wie sie sein sollte. Das ist ein krankhaftes Fehlervermeidungssystem.

Die Nationalbank ist der Prüfer und die FMA ist die Behörde, die dann entscheidet. Im Prinzip geht das, wenn man das sauber spielt. Das führt natürlich dazu, dass in vielen Fällen die Mannschaft doppelt kommt, das ist logisch. Und ab sofort kommt sie dreifach, weil die EZB auch prüft. Es ist die Frage, ob das nicht ein bisschen viel ist.

### **Infrastrukturfinanzierungen**

Die EBRD kann das schon machen, diese Sorge über fehlende Infrastruktur-Finanzierung höre ich nicht. Es ist den ÖBB gegenüber unfair, dem Unternehmen zu hohe Schulden vorzuwerfen, wenn die ÖBB den Brenner Basistunnel und den Semmering Tunnel unterbringen müssen. Ich hätte etwas übrig dafür, wenn die Republik mit Staatsgarantien in die Finanzierung geht. Dann schaut die ÖBB besser aus. Ich würde mich über die ÖBB nicht beschweren, die haben in den letzten Jahren einen guten Job gemacht.